

Haushaltsrede im Burgdorfer Rat am 13.12.2018 für die SPD-Fraktion

Matthias Paul

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr verehrte Frau Ratsvorsitzende,

Sehr verehrte Damen und Herren,

die Partei dürfe nicht Schwarzmalern hinterherlaufen. So die neue CDU Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich hoffe, dass auch die CDU Burgdorf heute auf ihre neue Vorsitzende hört. Und nicht den Schwarzmalern hinterherläuft, die heute behaupten, mit diesem Doppelhaushalt würde die Mehrheitsgruppe im Rat die Finanzen der Stadt Burgdorf endgültig gegen die Wand fahren.

Denn eine gute Frage ist ja, wo diese Wand eigentlich ist, will sagen, wo die finanzielle Schmerzgrenze eigentlich ist. Aus unserer Sicht wird diese finanziellen Schmerzgrenze jedenfalls nicht durch Lobbyisten in vermeintlich eigener Sache definiert. Sondern danach, was für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Burgdorf notwendig ist.

Dazu gehört das Feuerwehrhaus in Schillerslage. Dazu gehören die Bauhöfe – wir haben hier eine Fürsorgepflicht, dass unsere Mitarbeitende zumutbare Arbeitsplätze haben. Dazu gehört die Hochbrücke über die Bahn. Um nur einige Investitionen in Pflichtaufgaben zu nennen.

Und zu dieser Zukunftsfähigkeit gehört es, allen Kindern faire und gute Bildungschancen zu ermöglichen. Wirklich allen.

Dazu gehört ein starkes Gymnasium, das wir dankenswerter Weise auch durch den großen Einsatz von Herrn Loske und seinem Team (wieder) haben. Dazu gehört eine starke IGS, die sich im Aufbau befindet, dank der unermüdlichen Arbeit von Herrn Alker und seinem Team. Dazu gehört die Realschule um Herrn Klinge. Dazu gehören die Grundschulen - um nur die Schulen in städtischer Trägerschaft zu nennen. Dazu gehören die Kindertagesstätten und die Krippen.

Jede und jeder trägt seine und ihre Verantwortung im Bildungssystem unserer Stadt.

Wir sind nicht bereit, die Schulen und damit die Kinder gegeneinander auszuspielen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Und hat ein Recht auf eine gute Bildung. In funktionierenden Räumen. Zu denen - auf Zeit - auch Interimslösungen gehören müssen. Auch die IGS wird die nächsten Jahre weiter mit Interimslösungen leben müssen. Es wird ja gerne das Wort „Container“ dafür kolportiert. Und es schwingt dabei die Unterstellung mit, hier würden Kinder wie bloße Warenladungen behandelt und abgefertigt. Auch mobile, temporäre Bauten sind nicht einfach Blechkästen – Klappe zu und gut. Sondern auch hier wird sorgfältig geplant.

Aber die Zielperspektive muss immer klar im Blick sein: Gute Räume für gute Bildung.

Es gehört zur finanzpolitischen Wahrheit, dass wir dies alles, diese Pflichtaufgaben nach Lage der Dinge nur durch Kreditaufnahmen leisten können. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Und den Zumutungen der Wirklichkeit haben wir Ratspolitikerinnen und -politiker uns zu stellen.

Wo ist also die Wand, die finanzielle Schmerzgrenze? Sie liegt für uns in der SPD-Fraktion dort, wo wir uns verweigern, angemessene Mittel für die Bildung bereitzustellen. Und zwar für die Bildung aller Kinder. Auch derer, die aus einer Familie mit einem schwierigen finanziellen Hintergrund kommen.

Denn es ist weiterhin ein Drama der deutschen Bildungspolitik, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit und der Bildungsstand der Herkunftsfamilie einen entscheidenden Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder haben. Die Bildungsforschung ist sich einig, dass nur eine möglichst lange gemeinsame Beschulung von leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern hier neue Chancen eröffnet.

Daher sind wir für die IGS. Darum haben wir seit 2013 in Burgdorf eine IGS. Die freilich nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Manche sehen die finanzielle Wand, gegen die die Stadt angeblich fährt, ausgerechnet mit den etwa 3,5 – 3,8 Millionen für die Oberstufe durchbrochen. Dazu haben wir vorhin eine Entscheidung gefällt, die bildungspolitischen Argumente will ich hier nicht wiederholen.

Allerdings gibt es doch einiges an schiefer Argumentation, die deutlich zurechtgerückt werden muss.

Der Mythos Nr. 1: Der ganze Neubau der IGS sein nur nötig, weil es eine Oberstufe geben soll.

Das ist nachweislich falsch. Und wer dieses behauptet, sagt die Unwahrheit. Die Machbarkeitsstudie des letzten Jahres (Vorlage 2017 0388) hat ergeben, dass man die IGS auch mit Oberstufe vielleicht sogar am bisherigen Standort ausbauen könnte. Nur rät diese Untersuchung deutlich davon ab, weil es unwirtschaftlich wäre.

Ganz deutlich: Der Neubaubeschluss hat keinen Zusammenhang mit der Oberstufenentscheidung.

Ein besonders hartnäckiger Mythos (Nr. 2) ist, dass der Neubau nur nötig wäre, weil sechs Räume fehlten. Das ist auch nachweislich falsch, und wer dieses behauptet, verbreitet Fake-News. Auch hier ist die Aussage der Machbarkeitsstudie eindeutig. Eine Realisierung am vorhandenen Standort wäre (vielleicht sogar) möglich, aber unwirtschaftlich. Oder eben: Dumm.

Ich habe keinen Antrag gelesen, der konkrete Änderungen am Raumprogramm vorschlägt. Das ist den politischen Gegnern wohl zu anstrengend, sich mit den Details zu befassen. Da ist es einfacher, mal eben so zu behaupten, man habe das Gefühl, das sei irgendwie zu groß geplant.

Aber jeder hier im Rat ist dazu aufgerufen, seine Gefühle an den Fakten zu prüfen.

Ein weiterer Mythos (Nr. 3) ist, dass es nur wegen des Neubaubeschlusses eine Priorisierungsdiskussion über die Reihenfolge der vielen Bauprojekte gibt. Das ist falsch. Auch ein Umbau des Bestandes würde (erhebliche) Kapazitäten in der Gebäudewirtschaft binden. Das hat mit dem Neubauthema als solchem nichts zu tun.

Mythos Nr. 4: Nur durch die Gründung der IGs entstehen die Kosten, hätten wir noch die „gute alte Haupt- und Realschule“, müssten wir nicht investieren. Auch beim Fortbestehen der alten Schulformen hätten Millionen in die Sanierung gesteckt werden müssen. Davor darf man die Augen nicht verschließen.

Und zu guter Letzt (Mythos Nr. 5) wird gerne behauptet, die IGS sei ein „bloßer“ Prestigebau, weil sich einzelne hier ein Denkmal setzen wollen. Ich weiß nun nicht ganz genau, was mit dem Stichwort „Prestigebau“ jeweils genau gemeint sein soll. Nach meinem Verständnis wäre dies ein überteuerter Bauentwurf mit gewagter Architektur und edelster Ausstattung – mit den berühmten goldenen Wasserhähnen - , den man zweckmäßiger billiger bauen könnte.

Allerdings: Wir sind ja noch gar nicht in der Entwurfsplanung. Im Moment wird nach einer ziemlich simplen Formel das Bauvolumen mit einer Indexzahl multipliziert. Das Stichwort „Prestigebau“ soll das Vorhaben in unsachlicher Weise diskreditieren.

Seien Sie versichert, dass unter äußerster Kostendisziplin ein reiner Zweckbau errichtet werden wird – der dem Zweck einer guten Bildung allerdings vollständig zu erfüllen hat. Und diesen Zweck auch erfüllen wird.

Aber es stimmt eben auch: Unter den Bedingungen des heutigen Baurechts – vom Brandschutz bis zur Energieeinsparverordnung –

lässt sich nicht mehr „billig“ bauen. Das sind aber Vorgaben, die wir nicht beeinflussen können.

Wie sollen nun die verschiedenen Bauvorhaben sinnvoll gestaffelt werden – das muss diskutiert werden. Allerdings ist dies heute nicht der geeignete Ort dazu.

Aber es ist leuchtet vielleicht doch ein, dass nicht alles gleichzeitig geht. Es ist gut und notwendig, dies alles in der AG Schulentwicklung und in den Ausschüssen zu diskutieren. Das bisherige Papier der Verwaltung ist erst der Auftakt; zum Beispiel gibt es bei den Planungen in Otze mittlerweile schon neue Vorschläge, die die Dinge beschleunigen könnten.

Es geht nicht darum, eine Maßnahme auf Kosten der anderen durchzuführen, sondern – beginnend mit der Frage, wo Kinder buchstäblich im Regen stehen, weil keine Räume da sind – einen sinnvollen Weg zu finden.

Wichtig ist dabei eine gute und effiziente Organisation der Gebäudewirtschaft. Durch zusätzliche Stellen, die in diesem Bereich entstehen, wird die Führungsspanne immer größer. Hier gilt es in Zukunft, die Organisation den wachsenden Aufgaben anzupassen.

Finanzpolitisch geht es nicht ohne die Aufnahme von Krediten zur Erfüllung der Pflichtaufgaben der Stadt.

Bisher schneidet die Stadt im Bereich der Investitionen gut ab – die Nettosition (im kaufmännischen Bereich in etwa das Eigenkapital) ist kräftig gestiegen. Das heißt: die bisherigen Kredite sind nicht einfach verpufft, sondern es konnten Werte geschaffen werden. Und nach dem Jahresabschluss 2017, den wir heute noch beschließen, wird es keinen Verlustvortrag mehr in der Bilanz geben.

Uns kommt eine beispiellose Niedrigzinsphase entgegen. Auch sehr langfristige Kredite können günstig beschafft werden. Dennoch macht wohl niemand hier im Ratssaal dies leichten Herzens.

Schon gar nicht aus herbeiphantasierten „Prestigegründen“.
Natürlich werden diese Kredite auch künftige Generationen fordern.
Aber nur, wenn wir dieser Generation eine optimale Bildung zukommen lassen, wird sie dazu in der Lage sein, die Wirtschaftskraft in Deutschland zu erhalten und auszubauen – und sie wird dazu in der Lage sein, darüber hinaus Mehrwert zu schaffen.

Daher: Wer an der Bildung – an der frühkindlichen Bildung, an der Bildung in den Grundschulen, an der Bildung in den Sekundarstufen I, in den weiteren Schulen und in den Oberstufen fahrlässig spart, spart am falschen Ende – oder besser am „falschen Anfang“: Gute Bildung von Anfang an ist unser Ziel.

Das entscheidende Kriterium ist am Ende des Tages die Schulden tragfähigkeit.

Hier haben die Kommunen - und damit auch Burgdorf - ein strukturelles Problem: Die kommunalen Finanzen sind von Seiten des Landes und des Bundes schlecht gestellt. Die Aufgaben wachsen – zum Beispiel im Bereich der Kindertagesstätten.

So ist unser eigener Aufwand dafür von 3 Millionen im Jahr 2009 auf um die 10 Millionen jeweils in den beiden vor uns liegenden Jahren gestiegen – das erklärt schon fast allein das bedauerlicherweise zu planendem Haushaltsdefizit.

Das Land und der Bund bestellen – und die Kommunen sollen zahlen. So unbestritten sinnvoll der Ausbau der Kinderbetreuung auch aus unserer Sicht ist: Wer bestellt, sollte fairerweise auch für die Finanzierung sorgen.

Wenn man so will: Die relativ ausgeglichenen Haushalte auf Länder- und Bundesebene werden durchaus auf Kosten der Kommunen erreicht. Zusätzlich wird uns die Doppik als Haushaltssystematik auferlegt, die den Ressourcenverbrauch mit darstellt. Wenn das Land seinen Haushalt so aufstellen würde – also das selbst täte, was es von

den Kommunen verlangt – sähe die Haushaltslage des Landes schlagartig ganz anders aus.

Gut aufgestellt sind Kommunen, die echte Industriegebiete haben – jedenfalls in Zeiten boomender Konjunktur. Diese Industriegebiete haben wir nicht. Und die werden wir auch nicht bekommen und wollen sie auch nicht. Wahrscheinlich würden sich die wenigsten eine Chemiefabrik vor der eigenen Tür wünschen.

Dennoch – wir müssen in Burgdorf daran arbeiten, mehr Gewerbe anzusiedeln. Und zwar möglichst neues, innovatives Gewerbe. Dafür brauchen wir Flächen. Dafür brauchen wir Flächen, die vielleicht technisch besonders ausgerüstet sind – zum Beispiel mit besonders schnellen Internetverbindungen, Lademöglichkeiten für E-Autos und/oder Wasserstofftankstellen.

Gleichzeitig brauchen wir eine Stärkung der Innenstadt als Gewerbestandort. Dazu gehört ein gutes und tragfähiges Verkehrskonzept. Hier ist es wichtig, professionell auszuwerten, ob die Ziele, die mit dem Stadtstraßenumbau verfolgt worden sind, auch erreicht sind. Und gegebenenfalls Korrekturen zu planen und durchzuführen. Möglicherweise bietet die an sich unerfreuliche Sanierungsbedürftigkeit der Hochbrücke neue Chancen, die innerstädtischen Verkehrsströme neu zu denken.

Wir müssen mit einer proaktiven kommunalen Wirtschaftsförderpolitik vorangehen. Um tatsächlich Werte hier in Burgdorf zu schaffen.

Wir als SPD-Fraktion und als Mehrheitsgruppe stehen zum geplanten Haushaltsentwurf. Wir übernehmen Verantwortung. Wir stehen für Burgdorfs Zukunft. Und schlagen uns nicht in die Büsche.

So nach dem Motto: Eine Turnhalle für Otze , ein neues Fahrzeug für die Feuerwehr, neue Duschen für den Sport, eine Kita in Ehlershausen und so weiter und so weiter: All das wird vom politischen Gegner gerne besonders in den Ortsteilen versprochen.

Nur für den Gesamthaushalt – da wird regelmäßig die Zustimmung verweigert. Außer „dagegen“ ist von Ihrer Seite nichts zu hören. Eine Alternative haben Sie nicht. Nicht für Deutschland und nicht für Burgdorf.

Eine solche Vernebelungstaktik gibt es mit uns nicht.

Versprochene Geldzahlungen sind nichts wert, solange der Scheck nicht unterschrieben ist. Die SPD-Fraktion und die Mehrheitsgruppe im Rat ist bereit, den Scheck auch zu unterschreiben und für den Haushalt zu stimmen. Und nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben, für die sich niemand etwas kaufen kann.

Wir wissen selbstverständlich, dass der unterschriebene Scheck erst nach Zustimmung der Kommunalaufsicht eingelöst werden kann. Wir haben im Bereich der Haushaltskonsolidierung in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen – und dennoch bleibt es dabei: Pflichtaufgaben müssen auch finanziert werden.

An dieser Stelle herzlichen Dank an Lutz Phillips und dem Team in der Finanzabteilung, die mit einer Engelsgeduld alle politischen Beratungen kompetent begleitet haben und weiter begleiten. Die uns immer und zu jeder Zeit mit allen nötigen Auskünften versorgt haben, damit der Rat das tun kann, was sein vornehmstes Recht ist:

Zu entscheiden, was die die Verwaltung und der Bürgermeister - im Rahmen des geltenden Rechts – mit unser aller Geld zu tun und zu lassen hat.

Zum Wohle unserer Stadt Burgdorf.

Wir wollen Burgdorf gemeinsam gestalten!